

# Wir gewinnen mit Europa

## ● Argumentations-Muster für den Europa-Wahlkampf 1994

	Seite
1. Frieden und Europa . . . . .	2
2. Wirtschaft . . . . .	5
3. Soziale Sicherheit . . . . .	9
4. Innere Sicherheit . . . . .	15
5. Landwirtschaft . . . . .	18

## ● Frieden und Europa

Europa ist im vergangenen Jahr mit dem Maastrichter Vertrag heftig ins Gerede gekommen. Viele Bürger fragen sich, ob der Weg, den die Europäische Union mit dem Vertrag von Maastricht eingeschlagen hat, auch der richtige ist. Sie sind hellhörig und unruhig geworden.

Vieles wird beklagt. So wird die außenpolitische Handlungsfähigkeit der Europäischen Union in Zweifel gezogen. Als Beweis wird der brutale Krieg im ehemaligen Jugoslawien angeführt. Kritisch wird der europäische Binnenmarkt mit seinen offenen Grenzen beleuchtet, der dem organisierten Verbrechen, dem Drogenhandel und den Kleinverbrechern freie Hand lasse. Nicht zuletzt werden auch die wirtschaftlichen Vorteile Europas in Frage gestellt. Denn durch die künftige Wirtschafts- und Währungsunion werde — so glauben manche — unsere Deutsche Mark preisgegeben.

Viele Menschen begreifen Europa nicht mehr. Für sie verkörpert der Maastrichter Vertrag Bürgerferne, Bürokratie und Zentralismus. Andererseits hat die Diskussion um Maastricht verdeutlicht, daß der europäische Einigungsprozeß von den Bürgern ernst genommen wird. Europa beschäftigt die Menschen. Dies ist auch ein gutes Zeichen. Denn es bedeutet, daß die Menschen in Europa am Bau des europäischen Hauses beteiligt werden wollen. Sie wollen wissen, was Maastricht bedeutet. Dazu haben sie auch alles Recht.

Der Vertrag von Maastricht ist die europäische Reaktion auf die tiefgreifenden Veränderungen, die sich mit dem Zusammenbruch des Sozialismus und dem Ende des Kalten Krieges in Deutschland und Europa ergeben haben. Wir stehen heute vor neuen Problemen, die nur gemeinsam gelöst werden können: Die Sicherung des Friedens, der Schutz unserer Umwelt, die Bekämpfung von Drogenhandel und organisierter Kriminalität. Alle diese Probleme zwingen uns, unsere Kräfte noch stärker zu bündeln. Mit Maastricht kommt nun eine ganz andere Qualität der europäischen Integration zum Zuge. Deswegen ist es um so wichtiger, allen Europäern dieses Vertragswerk noch deutlicher als bisher zu erklären.

Die Bewahrung von Frieden und Freiheit ist und bleibt der Kern europäischer Einigungspolitik. Kein Staat in Westeuropa kann heute noch seine Sicherheit allein garantieren. Wir alle sind angewiesen auf verlässliche Partner, die Zusammenarbeit in einer starken Gemeinschaft und die Sicherung von Stabilität in unserem Umfeld. Unsere Probleme lösen wir nicht mit Gewalt, sondern in friedlichen Verhandlungen. Dies ist gerade in einer Zeit, in der die Euphorie nach dem Ende des Kalten Krieges in Ernüchterung umgeschlagen

ist, wichtig. Die Hoffnung auf weltweiten Frieden hat sich nicht erfüllt. Wir stehen nun vor neuen Bedrohungen für unsere Sicherheit.

Denn die bösen Geister der Vergangenheit sind überall in Europa wiedererwacht. Unsicherheiten, Krisen und Kriege sind nach Europa zurückgekehrt. Ob in Armenien oder Aserbaidschan, Georgien oder Bosnien: Es wird wieder geschossen, gemordet, gefoltert und vergewaltigt. Rechtsextremisten predigen wieder den nationalistischen Größenwahn — sogar in Rußland. So droht uns der russische Demagoge Schirinowski mit dem 3. Weltkrieg, atomarer Zerstörung und neuer Besatzung.

Hunderte von Kriegen haben die Welt seit dem Zweiten Weltkrieg erschüttert, kein einziger jedoch die Europäische Union. Allein im vergangenen Jahr wurden 44 Kriege ausgetragen, nicht einer bei uns. Diese Zahlen überzeugen. Und mehr noch: Sie beweisen, daß die Europäische Union für uns kein Luxus, sondern eine existentielle Notwendigkeit ist.

Man muß hier nichts dramatisieren, aber: Europa ist wieder Teil einer unruhigen und krisengeschüttelten Welt. Wir Deutsche leben nicht auf einer Insel der Seligen. Frieden und Freiheit sind nicht selbstverständlich. Wir müssen alle etwas dafür tun. Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union muß daher verwirklicht werden. Hätte es sie bereits vor zehn Jahren gegeben, dann wäre die Tragödie auf dem Balkan wahrscheinlich zu verhindern gewesen.

Das vereinte Deutschland setzt sich für Stabilität in Europa und weltweit ein. Deswegen beteiligen wir uns aktiv an Friedensmissionen und Hilfsmaßnahmen der Vereinten Nationen. Seit 1960 hat die Bundeswehr 135 Hilfsaktionen durchgeführt, davon allein 105 außerhalb des NATO-Bündnisgebietes. Durch ihren Einsatz in Somalia — den die SPD vor dem Bundesverfassungsgericht verhindern wollte — hat die Bundeswehr dazu beigetragen, daß Hunderttausende von Menschen vor dem sicheren Hungertod gerettet wurden. Wer den Erfolg dieser Einsätze bagatellisiert, handelt zynisch gegenüber den geretteten Menschen.

Die CDU wird auch in Zukunft dafür eintreten, daß Deutschland in der Völkergemeinschaft gleiche Rechte hat, aber auch gleiche Pflichten übernimmt. Die SPD will dies mit fadenscheinigen Argumenten verhindern und unter dem Deckmantel der Friedensliebe unser Land auf eine Sonderrolle festlegen. Noch schlimmer: die Grünen, die ein rot-grünes Bündnis anstreben, planen bereits den totalen Ausstieg aus der NATO und die Auflösung der Bundeswehr. Uns Deutschen soll verboten werden, was allen anderen Völkern erlaubt ist. Unser außenpolitisches Engagement für Frieden und Freiheit hat die Stabilität in Europa und die internationale Partnerschaft entscheidend gestärkt. Wir dürfen es nicht zulassen, daß sich ein rot-grünes Bündnis aus dieser außenpolitischen Verantwortung stiehlt. Deutschland

geriete damit unweigerlich in die internationale Isolation. Was das für ein Land bedeutet, das auf Exporte angewiesen ist, liegt auf der Hand.

Arbeit und Wachstum sind auch ein Hauptanliegen der europäischen Union. Wir sind ein exportorientiertes Land. Unsere Wirtschaft ist eng mit dem europäischen Einigungsprozeß verflochten. Heute hängt jeder vierte Arbeitsplatz bei uns vom gemeinsamen Wirtschaften ab. Alle Mitgliedsländer profitieren von der Europäischen Union, aber wir haben den größten wirtschaftlichen Nutzen von der europäischen Integration gezogen. Dies muß auch ganz deutlich gesagt werden. Ohne Europa hätten wir heute nicht diesen wirtschaftlichen Wohlstand und diese soziale Sicherheit.

Für uns Christliche Demokraten ist die wirtschaftliche Integration Europas ein lebensnotwendiges Interesse. Natürlich lassen sich viele Streitigkeiten zwischen den Mitgliedsländern nicht vermeiden. Wir haben ja schließlich alle unsere eigenen Interessen. Es wäre aber kurzsichtig zu behaupten, daß die Europäische Union nur über Bier und Bananen streitet. Auch wenn die Aufregung bei uns in Deutschland über die Entscheidung der Kommission im Bananenstreit groß war, so ist doch das Klassenziel für alle Mitgliedsländer die Stärkung der europäischen Wirtschaft. Im übrigen ist — um bei den Bananen zu bleiben — das letzte Wort noch nicht gesprochen worden.

Arbeit und Wachstum für Europa und damit für Deutschland sind eng mit der gemeinsamen Währung verbunden. Die Diskussion um die Einführung einer neuen Währung löste gerade bei uns in Deutschland große Befürchtungen um unsere wirtschaftspolitische Stabilität aus. Viele glauben, hier werde am stärksten Identitätssymbol der Deutschen gerüttelt. Ja, man gebe die bewährte D-Mark preis. Dieses Argument mag zwar emotional ziehen, hat aber mit der Realität wenig zu tun.

Worum geht es denn eigentlich bei der Euro-Währung? Zum einen geht es darum, währungspolitische Stabilität überall im europäischen Binnenmarkt zu schaffen. Es wird keine Kursschwankungen und keinen Währungsumtausch mehr geben. Dadurch wird der Warenaustausch erheblich vereinfacht. Davon profitiert Deutschland als Land mit den meisten Nachbarn in Europa am meisten. Auch für den Reisenden wird es billiger. Denn wer heute kreuz und quer durch Europa reist, verliert beim mehrmaligen Währungsumtausch 50 Prozent und mehr seiner D-Mark. Man rechnet, daß uns der europäische Währungsumtausch jährlich 22 Milliarden DM kostet. Was könnte man damit alles finanzieren? Manche kleinen Bundesländer könnten damit ihren Haushalt bestreiten.

Aber: noch haben wir diese gemeinsame Währung nicht. Und es gibt vieles zu tun, wenn diese Euro-Währung auch wirklich so stark sein soll wie unsere D-Mark. Die Entscheidung der Europäischen Union für Frankfurt/Main als Standort der künftigen Europäischen Zentralbank ist sicherlich ein gutes

Zeichen. Diese Bank wird nach dem Vorbild der deutschen Bundesbank aufgebaut. Ausschlaggebend ist, daß sie — wie die Bundesbank — regierungs- bzw. kommissionsungebunden ist. Im übrigen setzt der Maastrichter Vertrag strenge währungspolitische Kriterien fest, an die sich alle Mitglieds-länder unbedingt halten müssen. Nur dann wird die Euro-Währung genauso stark und stabil wie unsere D-Mark sein.

Die eigentliche Frage ist aber nicht, ob die Wirtschafts- und Währungsunion kommt, sondern wann sie kommt. Nach dem Maastrichter Vertrag soll sie spätestens 1999 eingeführt werden. Wie realistisch diese zeitliche Vorstellung ist, bleibt abzuwarten. Hier hilft auch kein Gesundbeten. Deshalb wird zunehmend von einem Europa der zwei Geschwindigkeiten gesprochen. Was heißt das denn? Es heißt, daß nur die Mitgliedsländer an der Wirtschafts- und Währungsunion teilnehmen können, die die Kriterien getreu des Maastrichter Vertrags erfüllen. Im Augenblick könnten die wenigsten Länder daran teilnehmen. Der Gedanke des Europa der zwei Geschwindigkeiten wurde bereits als Spaltungsversuch gebrandmarkt. Fest steht aber, daß sich die Europäische Union nicht selbst unter Druck setzen darf.

Es bleibt beim Zieldatum 1999. Aber die Mitgliedsländer, die es bis dahin nicht schaffen, werden erst dann zur Wirtschafts- und Währungsunion stoßen können, wenn sie die Kriterien erfüllen. Alles andere würde der Stabilität der gemeinsamen Währung schaden. Die zwei Geschwindigkeiten bieten einen realistischen Weg in die weitere europäische Integration. Sie werden auch schon in anderen Bereichen wie der europäischen Asylpolitik und der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik praktiziert.

Europa ist ein ganz sensibles Haus. Wir sollten es daher nicht überfordern und uns vom Weg des Einigungsprozesses abbringen lassen. Diese Europäische Union bietet uns enorme Chancen. Wir sollten sie nutzen, denn langfristig gesehen ist Europa ein lohnendes und gleichzeitig notwendiges Gebilde zur Sicherung unserer Zukunft.

## ● Wirtschaft

Wir stehen vor einer großen Herausforderung. Mit den politischen Umbrüchen hat sich auch die internationale Arbeitsteilung verändert. Früher haben wir immer nur von Japan, von Taiwan oder von den USA als Konkurrenten geredet. Doch vor unserer Haustür in der Tschechischen Republik, in Ungarn oder in Polen sind neue Konkurrenten erwachsen. Wenn in Preßburg oder in Lodsch für einen Metall- oder Textilfacharbeiter 3,00 DM pro Stunde bezahlt werden, in Bochum oder in Stuttgart aber 40,00 DM, dann ist klar, wer

auf dem Weltmarkt gewinnen wird. Und wenn in Brünn Kunststoffe produziert werden, sind sie nicht unbedingt schlechter in der Qualität als unsere Produkte aus Leverkusen oder Ludwigshafen.

Die Zeiten, in denen wir uns behaglich zurücklehnen konnten — schließlich waren wir sowohl Export- als auch Freizeitweltmeister —, sind vorbei. Wir müssen uns anstrengen, wenn wir unsere Spitzenposition halten und ausbauen wollen.

Die weltweite Rezession hat auch uns in den vergangenen zwei Jahren voll erfaßt. Die derzeitige wirtschaftliche Situation läßt sich mit dem Wasserstand eines Sees vergleichen: In der konjunkturellen Talfahrt sinkt der Pegel, und die strukturellen Defizite kommen als spitze Steine hervor. Diese Steine müssen wir schleifen und abtragen. Dafür steht die CDU.

Wenn ein Unternehmer bei uns einen Betrieb aufbauen, ein neues Produkt herstellen will, muß er sich erst durch ein dichtes Gestrüpp von Verordnungen, Reglementierungen und Gesetzen kämpfen. Hat er das endlich geschafft, ist sein osteuropäischer oder japanischer Konkurrent schon längst mit dem gleichen Produkt auf dem Markt und schöpft die Gewinne ab.

Deshalb müssen wir Verkrustungen aufbrechen und Überregulierungen abbauen, wenn wir Wachstum und damit Beschäftigung sichern wollen.

Die CDU-geführte Bundesregierung hat bereits zahlreiche Maßnahmen zur Deregulierung durchgesetzt: Wir haben im vergangenen Jahr — nach langem Gezerre mit der SPD — endlich das Gentechnikgesetz novelliert. Wenn jetzt Unternehmen ihre gentechnische Forschung nach Deutschland zurückholen, ist dies ein Beleg dafür, daß wir uns auf dem richtigen Weg befinden. Mit dem Verkehrswege-Planungsvereinfachungsgesetz haben wir Fehlentwicklungen bereinigt, die in den alten Bundesländern bisweilen zu Planungszeiten von zwanzig Jahren und mehr geführt haben.

Doch wir dürfen uns auf unseren Erfolgen nicht ausruhen. Wir müssen das Genehmigungswesen im Wohnungsbau wie bei der Erstellung neuer Anlagen und Betriebsteile wieder zu einem reinen Abnahmewesen zurückentwickeln. Dort, wo Genehmigungsverfahren auch weiterhin unerlässlich sind, müssen die Laufzeiten deutlich verkürzt und Verfahren wesentlich vereinfacht werden.

Auf den Prüfstein gehört aber auch die Aufgabenteilung zwischen Staat und Privaten. Von Leistungen, die private Anbieter bei gleicher Qualität und Sozialverträglichkeit ebenso bereitstellen können, muß sich die öffentliche Hand zurückziehen. Private Unternehmen wirtschaften effizienter. Nur durch eine konsequente Privatisierungspolitik schaffen wir mehr Dynamik für Arbeitsplätze.

Seit 1982 hat die CDU-geführte Bundesregierung ihren Beteiligungsbesitz drastisch abgebaut. Mit der Bahnreform haben wir ein verkehrspolitisches Jahrhundertwerk aufs Gleis gesetzt. Die Umwandlung der drei Postunternehmen in Aktiengesellschaften schafft die Voraussetzung dafür, daß die Postunternehmen in einem weltweit liberalisierten Markt bestehen können.

Wenn wir unseren Platz an der Spitze der Weltwirtschaft halten wollen, müssen wir in vielen Bereichen technologisch und organisatorisch besser sein als andere. Seit Regierungsübernahme haben wir die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die Industrie innovative Märkte erobern kann. Beispiele dafür sind das Autotelefonnetz, der ICE und der Transrapid, die Breitwandtechnik und die Normen für das hochauflösende Fernsehen.

Der Export technologieintensiver Güter ist einer der entscheidenden Wachstumsmotoren unserer Wirtschaft. Fast die Hälfte aller Ausfuhren zählen zu diesem Bereich. Unsere Wissenschaftler in Universitäten, Instituten und Unternehmen leisten Hervorragendes. Seit 1984 haben wir elf Nobelpreisträger gestellt, das sind so viele wie zuvor seit Anfang der fünfziger Jahre nicht.

Wir müssen aber auch den Austausch von Forschungsergebnissen verstärkt unterstützen. Um die Resultate der Grundlagenforschung rasch in marktfähige Produkte umzusetzen, hat die CDU einen strategischen Dialog — auf höchster Ebene beim Bundeskanzler — ins Leben gerufen. Damit haben wir Forschung zur Chefsache erklärt. Die SPD dagegen versucht, nach allen Regeln der Kunst Innovationen zu blockieren. Die Produktion des für viele Menschen überlebensnotwendigen Humaninsulins z. B. darf nicht durch die Blockadepolitik einer technik- und fortschrittsfeindlichen rot-grünen Landesregierung behindert werden. Die völlige Ablehnung der Transrapidstrecke durch die SPD spricht ebenfalls eine deutliche Sprache. Doch wenn wir die Produkte, die wir verkaufen wollen, nicht im eigenen Land testen und benutzen — warum sollte uns dann das Ausland diese Güter abnehmen?

Innovative kleine und mittlere Unternehmen können besonders flexibel auf geänderte Bedingungen auf den Märkten reagieren. Sie haben ihre Chancen genutzt. Seit 1982 sind in mittelständischen Betrieben mehr als 1 Million neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Der Mittelstand ist das Rückgrat unserer Sozialen Marktwirtschaft.

Wir brauchen eine Neuauflage der Gründerjahre und eine Rückbesinnung auf das Unternehmertum. Die Politik allein kann Arbeitsplätze nicht sichern und neue Beschäftigung schaffen. An den Werkbänken und an den Schreibtischen, in Fabrikhallen und Chefetagen müssen motivierte und qualifizierte Menschen den Wandel wollen und gestalten.

Wenn staatliche Kassen und die Sozialversicherungen den überwiegenden Teil des in Deutschland Erwirtschafteten in Anspruch nehmen, verlieren unterneh-

merische Eigeninitiative und Marktmechanismen an Bedeutung. Die weitere Haushaltskonsolidierung steht deshalb für uns obenan. Wir werden die Staatsquote wieder schrittweise auf das Niveau vor der Vereinigung senken. Damals lag sie bei 46 Prozent.

Wir werden nicht wie die SPD eine Steuererhöhungspolitik betreiben, um dann auf der anderen Seite vermeintliche Wohltaten im Gießkannenprinzip auszuschütten. Die SPD würde Bürger und Unternehmen teuer zu stehen kommen. Sie würde die langsam voranschreitende wirtschaftliche Erholung zerstören und mit ihr Tausende von Arbeitsplätzen vernichten. Besserverdienenden-Abgabe, Mineralölsteuer, Erbschaftsteuer — die Liste der von der SPD favorisierten Steuererhöhungen ist lang.

Die CDU dagegen steht für Steuergerechtigkeit. Alle müssen sich am wirtschaftlichen Aufbau der neuen Bundesländer beteiligen. Deshalb müssen wir den Solidaritätszuschlag wieder einführen. Gerecht heißt aber für uns: Wer wenig verdient, zahlt wenig oder gar nichts, wer viel verdient, zahlt auch entsprechend mehr.

Wir haben inzwischen die Talsohle der Rezession durchschritten. Unsere Wirtschaft wächst wieder. In ihrem Frühjahrsgutachten gehen die meisten Forschungsinstitute von einer Steigerung des Bruttoinlandsprodukts von 1,5 Prozent aus. Automobilindustrie und Maschinenbau berichten von steigenden Auftragseingängen. Die konjunkturelle Besserung stützt sich vor allem auf die zunehmende Nachfrage aus dem Ausland. Die Konjunktur in den USA ist kräftig angesprungen und die Länder Westeuropas lösen sich langsam aus der Krise.

Doch als Einzelkämpfer könnten wir heute auf dem Weltmarkt nicht mehr bestehen. Wir brauchen Europa. Nur im Schulterschuß mit unseren Nachbarn können wir die Herausforderungen dieser Zeit bewältigen. Ein Ausstieg aus der europäischen Integration wäre für Deutschland selbstmörderisch: Er würde die Grundlage unseres Wohlstandes zerstören.

Schon heute sind 5 Millionen Arbeitsplätze in Deutschland direkt vom Handel mit den anderen EU-Ländern abhängig. Wir führen jährlich Waren im Wert von etwa 300 Milliarden DM in diese Staaten aus. Dies ist so viel, wie die fünf größten deutschen Industrieunternehmen im Jahr gemeinsam umsetzen.

Am 1. Januar 1993 begann der größte Markt der westlichen Welt, der Europäische Binnenmarkt, mit 340 Millionen Verbrauchern. Bis dahin behinderten Grenzkontrollen, technische Handelshemmnisse und Steuerschranken einen weiteren Aufschwung der europäischen Wirtschaft.

Die immer enger werdende wirtschaftliche Verflechtung der europäischen Unternehmen untereinander zeigt Erfolge: In wichtigen Wachstumsmärkten führen die Europäer den weltweiten Technologiewettlauf heute wieder an.

Spezialchips für den Mobilfunk stammen aus München und nicht aus Tokio, Halbleiter mit Strukturen von 0,5 Mikrometern werden in Grenoble und nicht in Singapur hergestellt.

Durch gemeinsame Normen in Europa wird das Warenangebot für den Endverbraucher immer interessanter. Dabei werden höhere Standards nicht verletzt. Kein Deutscher wird in Zukunft auf Bier verzichten müssen, das streng nach dem deutschen Reinheitsgebot gebraut worden ist.

Unterschiedliche Währungen in Europa sind auf die Dauer nicht mit der Einheit eines Binnenmarktes zu vereinbaren. Das teure Tauschen von Geld behindert die Unternehmen. Eine gemeinsame europäische Währung wird den Handel erleichtern. Die Risiken sind nach den Kriterien des Maastrichter Vertrags begrenzt. Die europäische Zentralbank wird nach dem Modell der Deutschen Bundesbank unabhängig und nur der Geldwertstabilität verpflichtet sein. Es ist unser Erfolg, daß das Europäische Währungsinstitut in Frankfurt am Main angesiedelt wird. Diese Entscheidung ist ein Signal dafür, daß die zukünftige europäische Währung genauso stabil sein wird wie die DM. Nur solche Staaten dürfen sich an der Währungsunion beteiligen, die ebenfalls eine stabile Währung haben und deren Verschuldung niedrig ist.

Der Zusammenschluß Westeuropas hat schon jetzt entscheidend zu Beschäftigungssicherung, Wachstum und wirtschaftlichem Wohlstand in Deutschland beigetragen. Dank einer leistungsfähigen Infrastruktur und sehr gut ausgebildeter Arbeitskräften und nicht zuletzt einer als vorbildlich geltenden politischen und sozialen Stabilität werden Deutschland die besten Entwicklungsmöglichkeiten innerhalb der gesamten Europäischen Union zugeschrieben. Jetzt gilt es, die Chancen auch tatsächlich zu nutzen.

## ● Soziale Sicherheit

Der Sozialstaat Deutschland ist das Werk der CDU. Alle Sozialgesetze und Reformen der Nachkriegszeit sind von Christlichen Demokraten auf den Weg gebracht worden. Meilensteine der Sozialpolitik waren das Lastenausgleichsgesetz 1952, das Kindergeldgesetz 1954, die Rentenreformen 1957 und 1992, das Bundessozialhilfegesetz 1961, das Arbeitsförderungsgesetz 1969, die Einführung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub 1986, die Gesundheitsreformen 1988 und 1993 und jetzt die soziale Pflegeversicherung. Die SPD war mehr als einmal gut beraten, sich dieser Politik des sozialen Fortschritts letztendlich anzuschließen. So sind diese von der CDU begründeten sozialen Errungenschaften zum festen Bestandteil unserer Gesellschaftsordnung geworden.

Doch Gesetze allein schaffen keine soziale Gerechtigkeit. Eine vorausschauende, auf Wachstum angelegte Wirtschaftspolitik muß die Mittel bereitstellen, damit den sozial Bedürftigen in unserem Lande immer wirksam geholfen werden kann.

Dies ist in der Vergangenheit in beachtlichem Umfang gelungen. Das Sozialbudget der Bundesrepublik Deutschland, also die Summe aller sozialen Leistungen, hat 1993 mit 1 063 Mrd. Mark eine neue Rekordhöhe erreicht. Der Umfang der sozialen Sicherung in unserem Lande wird auch 1994 ähnlich hoch liegen. Diese Zahl ist beeindruckend, hinter ihr verbirgt sich das Netzwerk unseres Sozialstaates, der Umfang der staatlichen und privat organisierten Solidarität der Starken mit den Schwachen in unserer Gesellschaft.

Wer angesichts dieser Zahlen von Sozialabbau spricht, wie die SPD das gerne tut, setzt parteipolitische Polemik an die Stelle solider Argumente und Fakten. Denn sozialen Fortschritt zu fordern, ist eine Sache, ihn umzusetzen und finanzierbar zu machen, jedoch eine ganz andere.

## Soziale Marktwirtschaft schafft soziale Sicherheit

Auch in der Sozialpolitik gilt: Jede Mark, die ausgegeben wird, muß erst verdient werden. Würden wir jedem Wunsch an den Sozialstaat sofort und ohne sorgfältige Prüfung nachgeben, dann wäre der Staat bald am Ende. Deshalb sind die Erfordernisse der Wirtschaft für die Union untrennbar mit der sozialen Aufgabe verbunden. Freies Handeln in der Marktwirtschaft verpflichtet zur Hilfe für die sozial Schwachen. Je erfolgreicher der einzelne seinen Weg in der Marktwirtschaft gestaltet, desto größer muß sein Beitrag zur Sicherung der sozialen Aufgaben sein. Lähmt jedoch der Umfang von Steuern und Sozialabgaben das Streben des einzelnen nach hohem Einkommen oder hohem unternehmerischen Gewinn, so wird er bald keinen Beitrag mehr zum sozialen Fortschritt leisten wollen. Es ist die Aufgabe des Staates, hier die Balance zwischen dem sozial Wünschenswerten und dem ökonomisch Machbaren zu halten. Nur dann kann für alle das Beste erreicht werden: Für die Leistungsfähigen und Leistungswilligen ebenso wie für die sozial Schwachen. Gerät diese Waage jedoch aus dem Gleichgewicht, werden alle weniger haben.

Mit dem gegliederten sozialen System der Bundesrepublik Deutschland, in dem beitragsfinanzierte Leistungen der Sozialversicherungen durch direkte staatliche Transfers und private Eigenvorsorge ergänzt werden, haben wir einen Sozialstaat geschaffen, der wie kaum ein anderer auf dieser Welt breiten Wohlstand und soziale Gerechtigkeit gleichermaßen gewährleistet.

Doch das hier erreichte Gleichgewicht gerät in Gefahr, wenn wir nicht ständig durch unsere Bereitschaft zur Überprüfung sozialer Leistungen und zur Reform der sozialen Sicherung über den Fortbestand des Systems wachen.

## Umbau des Sozialstaates

Die CDU Deutschlands bekennt sich zur Notwendigkeit des Umbaus des Sozialstaats. Denn Wachstum, das neue Arbeitsplätze schafft, ist nur möglich, wenn wir die Leistungsfähigen in unserem Staat nicht überfordern und Leistungsgerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit gleichermaßen gewährleistet bleiben.

Dieser Umbau des Sozialstaats ist bereits in vollem Gange. Ohne diesen Umbau wäre die Herstellung der sozialen Einheit in Deutschland nicht möglich gewesen: Weder die Angleichung der Rentensysteme in West und Ost, noch der erhebliche Umfang an aktiver Arbeitsmarktpolitik in den neuen Ländern, noch die Sicherstellung eines hohen Niveaus der gesundheitlichen Versorgung auf dem Gebiet der ehemaligen DDR.

Ein zentraler Grundsatz, den wir auch in Zukunft auch immer beachten wollen, wurde bei der gesetzlichen Pflegeversicherung beispielhaft umgesetzt. Neue soziale Aufgaben, die etwa durch die Veränderung der Altersstruktur unserer Gesellschaft auf unser Land zukommen, können nur dann gemeistert werden, wenn wir gleichzeitig auch bereit sind, alte soziale Besitzstände vorbehaltlos auf den Prüfstand zu stellen.

Die Pflegeversicherung wurde eingeführt, ohne daß sich dadurch die Lohnnebenkosten der Unternehmen erhöhen werden. Denn zur Finanzierung der Pflegeversicherung werden die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland an einem der 10 bis 14 bundeseinheitlichen Feiertage arbeiten. Dies ist ein Opfer, das sich lohnt. Denn der soziale Fortschritt, der mit der Pflegeversicherung verwirklicht wird, wiegt ungleich höher als der kleine Nachteil, der durch die Kompensation der Unternehmensmehrbelastung eintritt.

Ein weiteres Beispiel für den gelungenen Umbau des Sozialstaates sind die Reformen der gesetzlichen Krankenversicherung. Hier konnten Defizite in Überschüsse verwandelt werden, ohne daß der Leistungsumfang entscheidend verschlechtert oder gar gefährdet worden wäre.

Wir werben für diesen Weg des Umbaus des Sozialstaates, weil wir davon überzeugt sind, daß nur so das hohe soziale Niveau in Deutschland erhalten werden kann. Jeder, der hier eine andere Politik will, muß sagen, wie er sich Deutschlands Zukunft unter den realen Bedingungen des internationalen Wettbewerbs und vor der großen Herausforderung der Angleichung der Lebensverhältnisse in den neuen Ländern vorstellt. Für sozialtheoretische Sandkastenspielereien oder finanzpolitische Akrobatik ist hier kein Platz.

## Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

An der zu hohen Arbeitslosigkeit in Deutschland gibt es nichts zu beschönigen. Arbeitslos zu sein, ist ein schlimmes Schicksal für die Betroffenen, sie zu bekämpfen, ist oberstes Ziel unserer Sozial- und Wirtschaftspolitik. Doch es grenzt an ein übersteigertes Selbstbewußtsein der Sozialdemokraten, wenn sie die Situation heute mit der Situation zum Ende der 70er und zu Beginn der 80er Jahre vergleichen und behaupten, sie hätten Patentlösungen.

Denn damals hat die falsche Wirtschafts- und Sozialpolitik der SPD die weltweite konjunkturelle Delle zu einem tiefen Konjunktural ausgeweitet. Damals entstand Arbeitslosigkeit als Folge der Rezession, ohne daß Deutschland vor der großen Herausforderung stand, die Wirtschaft in den neuen Ländern in Schwung zu bringen und die soziale Einheit zu vollenden. Damals war die Krise hausgemacht und wurde nicht bewältigt. Heute ist das Konjunktural bereits nach zwei Jahren durchschritten, es geht wieder aufwärts, weil die CDU gehandelt hat.

Die Leistungen der CDU zur Bekämpfung der Folgen von Arbeitslosigkeit sind beachtlich und brauchen den Vergleich nicht zu scheuen. Die Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit sind heute mehr als dreimal so hoch wie bei der Regierungsübernahme 1982. Allein im Westen wurde die Zahl der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Zehnjahreszeitraum mehr als verdoppelt, ebenso die Zahl der Teilnehmer an Umschulung und Fortbildung. Und dies alles vor dem Hintergrund, daß durch die deutliche Steigerung der Zahl der Arbeitsplätze unter Regierungsverantwortung der CDU die Arbeitslosenquote im Westen heute nicht wesentlich höher liegt als in den Krisenjahren zu Beginn des letzten Jahrzehnts, in denen die SPD regierte.

Und mit neuen Instrumenten der aktiven Arbeitsmarktpolitik, zum Beispiel den Lohnkostenzuschüssen für bestimmte Tätigkeiten im Bereich des Umweltschutzes, der sozialen Dienste und der Jugendhilfe, begegnen wir der hohen Arbeitslosigkeit mit modernen Mitteln. Dies alles hat es unter der SPD nicht gegeben. Allein mit diesen Instrumenten konnten in den neuen Bundesländern bisher 80 000 Arbeitslose neue Arbeit finden. In den alten Bundesländern wird dieses Instrument ebenfalls erfolgreich sein.

Anders als unsere befreundeten Länder in Europa und Nordamerika gehen wir jetzt gut gerüstet in den Aufschwung, dies wird sich schon bald in den Wachstumszahlen, etwas später dann auch bei den Arbeitslosenzahlen positiv auswirken.

Eine soziale Politik bedeutet jedoch mehr, als nur die sozialen Folgen der Rezession zu bewältigen. Eine soziale Politik zeichnet sich vor allem auch dadurch aus, daß sie Notlagen im Vorfeld verhindert und den Betroffenen hilft, möglichst schnell aus ihrer unglücklichen Situation herauszukommen.

Daß die CDU hier Vorbildliches geleistet hat, zeigt die Entwicklung etwa bei der Jugendarbeitslosigkeit. War die Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen unter 25 Jahren zu Beginn der 80er Jahre, wie im übrigen heute noch in allen anderen Staaten der Europäischen Union, höher als die Arbeitslosigkeit insgesamt, liegt sie bei uns im Westen wie im Osten jetzt deutlich unter dem Durchschnittsniveau. Das ist gut, denn gerade junge Menschen brauchen einen gelungenen Start ins Berufsleben, um schnell Erfahrungen zu sammeln und ihren Weg in eine sichere Zukunft zu finden. Die ehemaligen „Sorgenkinder“ des Arbeitsmarktes sind damit jetzt Hoffnungsträger des beginnenden Aufschwungs.

## Rentensicherheit in West und Ost

Die Sozialpolitik der CDU läßt aber auch diejenigen nicht im Stich, die sich voll und ganz auf die Solidarität der Gesellschaft verlassen: die Rentnerinnen und Rentner. Mit der Rentenreform 92 haben wir eine wegweisende Entscheidung für dauerhaft sichere und gerechte Renten getroffen, die bis weit ins nächste Jahrtausend tragen wird, ohne daß die Belastung der Beitragszahler unzumutbar steigt. Regelmäßige Rentenanpassungen entsprechend der Nettolohnentwicklung der Beschäftigten sichern volle Teilhabe der Rentnerinnen und Rentner am allgemeinen Wohlstand. Auch das ist ein Werk der CDU.

## Politik für Senioren

Senioren sind eine wichtige Bereicherung für unser Leben. Ihr Beitrag ist unschätzbar. Viele Dinge in unserer Gesellschaft würde es ohne die Hilfe und Zuwendung der Senioren nicht geben, sei es in der Familie, im Verein, in den Parteien oder im Beruf. Die CDU will die Stellung der älteren Bürgerinnen und Bürger deshalb stärken.

Sichere und gerechte Renten sorgen bei den meisten für ein gutes Leben auch im Alter. Doch nicht nur die Sicherung der Alterseinkommen ist unser Ziel, sondern auch die verstärkte Beteiligung der älteren Bürgerinnen und Bürger am gesellschaftlichen Leben. Wir wollen nicht, daß Senioren am Rande unserer Gesellschaft stehen. Wir wollen, daß sie aktiv mitmachen, bei der Freizeitgestaltung, in der Kulturarbeit, beim Sport und in Selbsthilfeeinitiativen. Um dies zu fördern, unterstützt die Bundesregierung im Rahmen zahlreicher Modellprojekte Seniorenbüros als Anlaufstellen für ältere Menschen, die Gleichgesinnte suchen.

Viele Senioren haben aber auch ein Interesse daran, nicht von dem einen auf den anderen Tag aus dem Beruf auszusteigen und in Rente zu gehen. Sie

wollen schrittweise in den Ruhestand hineingleiten, ihr berufliches Engagement langsam reduzieren und dabei zunehmend ihre Freizeit nutzen. Dies ist mit der Rentenreform 92 möglich geworden. Die CDU will die Inanspruchnahme dieser Möglichkeit weiter fördern und tritt für ein Betriebsklima ein, in dem die Erfahrung des älteren Mitarbeiters auch wirklich voll anerkannt wird.

## Erfolgreiche Gesundheitspolitik

Die CDU-geführte Bundesregierung hat unser Krankenversicherungswesen wieder sicher gemacht und sorgt damit für umfassende Gesundheitsversorgung auch in der Zukunft. Der Beitragsanstieg bei den Krankenkassen wurde gestoppt, jetzt sind mancherorts sogar Beitragssenkungen möglich.

Auch in Zukunft wollen wir das Gesundheitswesen weiter festigen, denn wie ein Wirtschaftsunternehmen braucht auch die gesetzliche Krankenversicherung eine fortlaufende Kostenkontrolle und laufende Verbesserungen. Dabei setzen wir auf die Vermeidung von Verschwendung, aber auch auf mehr Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger. Die von uns eingeführten maßvollen Selbstbeteiligungen bei bestimmten Leistungen des Gesundheitswesens überfordern niemanden. Denn hier gibt es Einkommensgrenzen. Wer wenig hat, muß weniger oder gar nichts zuzahlen. Dafür aber erreichen wir eine strenge Kostendisziplin bei allen Beteiligten.

Diese Politik erhält das Gesundheitswesen auf Dauer finanzierbar. So wird es auch in Zukunft möglich sein, für jeden die medizinisch angemessene Versorgung sicherzustellen, auch wenn sie im Einzelfall sehr teuer sein kann.

## Politik für Familien

Von der Sozialpolitik der CDU profitierten in besonderem Maße auch die Familien mit Kindern. Die CDU hat nicht nur das Kindergeld deutlich erhöht, die Steuerfreibeträge für Kinder mehr als verzehnfacht, die Unterhaltsvorschüsse für Alleinerziehende ausgeweitet, Kindergeldzuschläge für sozial schwache Familien und das Baukindergeld eingeführt, sie hat auch den Anspruch auf Erziehungsurlaub und das Erziehungsgeld geschaffen und ausgebaut. Mit diesen familienpolitischen Leistungen, die jetzt mit der Garantie auf einen Kindergartenplatz für über 3jährige ab 1996 gekrönt wurden, braucht die CDU keinem Streit mit dem politischen Gegner aus dem Weg zu gehen.

## Politik für die Pflegebedürftigen

Das von der CDU fest geknüpfte soziale Netz wird jetzt durch die gesetzliche Pflegeversicherung ergänzt, die wir gegen den inhaltenden Widerstand der SPD durchgesetzt haben. Sie wird die letzte große Lücke im sozialen Netz schließen und den nahezu zwei Millionen Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen endlich wirksam helfen.

## Sozialpolitik in Europa

Mit unserem sozialen Sicherungssystem gehen wir gut gerüstet in den europäischen Einigungsprozeß, mit dem auch die sozialen Beziehungen innerhalb der Europäischen Union immer enger werden. So können wir nicht ohne Stolz feststellen, daß die allermeisten Forderungen der Europäischen Union, etwa im Arbeitnehmerrecht, für Deutschland deutlich übererfüllt werden.

Es war richtig, im Rahmen des Vertrages von Maastricht und den ergänzenden Dokumenten hierzu festzulegen, daß die jeweils höheren nationalen Sozialstandards nicht nach unten korrigiert werden müssen, sondern in vollem Umfang geschützt bleiben. Dies ist der Weg, den wir in der europäischen Sozialpolitik gehen wollen: Eine der Leistungsfähigkeit des Mitgliedslandes angemessene soziale Entwicklung auf der Grundlage von Mindeststandards und bei Vermeidung von sogenanntem Sozialdumping. Denn wir haben auch dafür gesorgt, daß die möglicherweise niedrigeren Niveaus der sozialen Sicherung eines Mitgliedslandes im Wettbewerb nicht ausgenutzt werden können. Die Entwicklung gibt uns hier Recht: In allen Staaten der Europäischen Union ist sozialer Fortschritt möglich, auch in Deutschland. Dafür steht die CDU.

## ● Innere Sicherheit

Für uns Christliche Demokraten gehört die Gewährleistung der Inneren Sicherheit zu den wichtigsten Aufgaben des Staates. Sie muß mit Entschiedenheit wahrgenommen werden. Nur der Staat, der sich gegen die Bedrohung des inneren Friedens entschlossen zur Wehr setzt und Gesetzesbrecher konsequent zur Verantwortung zieht, wird vom Vertrauen seiner Bürger getragen.

Linksliberale und Sozialdemokraten — von den Grünen ganz zu schweigen — treibt seit jeher die Sorge um, der Staat könnte zu viel Machtbefugnisse und Kontrollmöglichkeiten erhalten. Entsprechend richtet sich ihr Bestreben darauf, dies zu verhindern. Eine derartige Einstellung geht an den heutigen

Realitäten und an den Bedürfnissen der Menschen völlig vorbei. Unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger erwarten doch in Wahrheit nicht weniger, sondern mehr Schutz und Sicherheit durch den Staat! Sie erwarten nicht ein schwächeres, sondern ein stärkeres Vorgehen des Staates gegen Kriminalität und Gewalt!

Die CDU tritt für eine konsequente Politik zum Schutz des Bürgers ein. Natürlich wissen wir, daß es eine kriminalitätsfreie Gesellschaft nie geben wird. Das kann aber nicht bedeuten, die Hände in den Schoß zu legen, sich mit den Gegebenheiten abzufinden und Kriminalität in all ihren Erscheinungsformen als unabänderlichen Bestandteil unseres Alltags hinzunehmen. Dazu sind wir als Union nicht bereit.

Eine Gesellschaft, in der die Angst vor Straftaten das Lebensgefühl des einzelnen mitbestimmt, ist nicht wirklich frei. Der Rechtsstaat darf nicht zum schlappen Nachtwächterstaat verkommen, dem Gangster und Extremisten — ob Deutsche oder Ausländer — ungestraft auf der Nase herumtanzen können. Das geltende Recht muß konsequent durchgesetzt werden. Andernfalls nimmt das Rechtsbewußtsein Schaden.

Es kann nicht angehen, wenn heute viele Einbruchs- oder Diebstahlsanzeigen von der Polizei nur noch entgegengenommen werden, um die Akten nach einer gewissen Schamfrist ergebnislos an die Staatsanwaltschaft weiterzureichen, die dann nach ein paar Wochen das Verfahren einstellt. Kriminalität muß entschlossen bekämpft, nicht bloß bürokratisch verwaltet werden! Polizei und Justiz müssen die personelle und materielle Ausstattung sowie die erforderlichen Rechtsgrundlagen erhalten, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen.

Die SPD versagt vor den Anforderungen der Kriminalitätsbekämpfung. Die Sozialdemokraten hegen die Vorstellung, Verbrechen dadurch zu begegnen, daß man die Strafbarkeit aufhebt — von der Drogenpolitik bis zur sogenannten Alltagskriminalität — oder die Strafbarkeit nicht mehr durchsetzt, ggf. unter dem Stichwort „Deeskalation“. So geschehen beispielsweise über Jahre hinweg in der Hamburger Hafenstraße, bei den Gewalttätigkeiten anlässlich der Asyldebatte im Deutschen Bundestag oder bei neonazistischen Ausschreitungen in Hessen.

Dieser Weg ist grundfalsch! Mit Entkriminalisierung und Bagatellisierung läßt sich allenfalls die Kriminalitätsstatistik schönen, nicht aber das Verbrechen bekämpfen! Wenn Straftaten entweder überhaupt nicht oder nicht konsequent genug verfolgt und geahndet werden, gerät der Rechtsstaat zur Farce.

Die Grünen gehen noch einen Schritt weiter. Sie propagieren ganz unverhohlen die Aushöhlung und Schwächung unseres Rechtsstaats und fordern die Auflösung von Bundesgrenzschutz und Verfassungsschutz. Mit diesen

Leuten will die SPD nach der Bundestagswahl unser Land regieren! Dazu darf es nicht kommen!

Die Innere Sicherheit steht heute vor neuen Herausforderungen. Im zusammenwachsenden Europa reichen nationale Maßnahmen allein nicht mehr aus. Die — von uns stets gewollte und selbstverständlich begrüßte — wachsende Freizügigkeit innerhalb Europas in Verbindung mit dem totalen Umbruch in den osteuropäischen Staaten hat auch Straftätern neue Operationsräume eröffnet. So hat die — häufig international organisierte — grenzüberschreitende Kriminalität erheblich zugenommen. Ich nenne hier nur den Rauschgiftsmuggel, die internationale Kfz-Verschlebung, den Waffenhandel, den Frauenhandel, die Schleuserkriminalität oder die tödliche Gefahr von Nuklear-Kriminalität.

Dieser Herausforderung kann nur durch verstärkte Zusammenarbeit und gemeinsames Handeln begegnet werden. Im vergangenen Jahr waren im Bereich der Organisierten Kriminalität 776 Ermittlungsverfahren zu verzeichnen, die sich gegen rund 10.000 Tatverdächtige aus 91 Nationen richteten. Ohne enge Kooperation mit unseren Nachbarn und Partnern sowie gemeinsame internationale Bekämpfungsstrategien ist dieser bedrohlichen Entwicklung nicht beizukommen. Das Europäische Kriminalamt EUROPOL, das Bundeskanzler Helmut Kohl in Maastricht durchgesetzt hat, sowie das vereinbarte gemeinsame Informations- und Fahndungssystem sind deshalb zentrale Schritte zur effektiveren Verbrechensbekämpfung in Europa.

Wir müssen aber auch bei uns die Hausaufgaben machen und dem Staat, der Polizei, die für uns den schweren Dienst für inneren Frieden und Sicherheit leistet, die nötigen Mittel an die Hand geben, um mit Gewalt und Kriminalität besser fertig zu werden. Die Polizei darf — bildlich gesprochen — nicht auf Drahtesel angewiesen sein, während die Gangster über rasante Sportflitzer verfügen.

Mit dem Gesetz zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und dem Geldwäschegesetz haben wir bereits zwei wichtige Schritte getan. Mit dem Verbrechensbekämpfungsgesetz 1994, das ein umfangreiches Maßnahmenpaket enthält, setzen wir jetzt ein weiteres wichtiges Zeichen für ein entschiedenes Vorgehen gegen Kriminalität und Gewalt.

Härtere Strafen für Gewalttaten und extremistische Aktionen, schnellere Gerichtsverfahren und Verurteilungen, vereinfachte Bedingungen für Untersuchungshaft sowie bessere Wiedergutmachung für die Opfer von Gewalttaten — dies sind wesentliche Aspekte des Gesetzes. Wir unterstreichen damit einmal mehr, daß die Wahrung der Inneren Sicherheit für uns, die Union, zu den zentralen staatlichen Aufgaben gehört. Im Kampf gegen Kriminalität und Gewalt darf es kein Nachlassen geben!

Der Rechtsstaat muß sich als handlungsfähig erweisen. Wer den Menschen

die Gewißheit nimmt, daß der Staat sie auch schützt, der fördert eben nicht Liberalität, sondern Radikalismus und Gewalt. Wer notwendige Entscheidungen blockiert und den Eindruck aufkommen läßt, der Staat und die demokratischen Parteien seien nicht willens und in der Lage, anstehende Probleme zu lösen, der fördert Verdrossenheit und Vertrauensschwund. Dies ist nicht zuletzt in der Debatte über das Asylrecht deutlich geworden.

Vieles wäre unserem Land erspart geblieben, wenn die Änderung des Asylrechts, die wir seit langem für notwendig gehalten und immer wieder gefordert haben, nicht erst zum 1. Juli vergangenen Jahres, sondern bereits früher gelungen wäre. Die Verantwortung hierfür trägt die SPD, die die erforderliche Grundgesetzänderung durch ihren Widerstand jahrelang verhindert hat.

Der Erfolg gibt unserer beharrlichen Politik recht: Bereits im ersten halben Jahr nach dem Inkrafttreten des von der Union durchgesetzten neuen Asylrechts sind die Asylbewerberzahlen drastisch — um mehr als die Hälfte — zurückgegangen. Diese Entwicklung hat sich auch in diesem Jahr mit Rückgängen um bis zu 70 Prozent weiter fortgesetzt. Wer hätte dies noch vor einem Jahr zu hoffen gewagt!

Durch den Rückgang der Asylbewerberzugänge ist im übrigen eine spürbare Entlastung der Kommunen eingetreten. Dies wird auch daran deutlich, daß in den Aufnahmeeinrichtungen jedes vierte Bett frei ist. Viele Kommunen haben bereits eingerichtete Gemeinschaftsunterkünfte wieder schließen können. Kurzum: Unsere Position ist eindrucksvoll bestätigt worden. Das neue Asylrecht greift!

## ● Landwirtschaft

Unsere Gesellschaft braucht die Landwirtschaft: Nicht nur als Nahrungsproduzenten, sondern auch für die Erhaltung einer gesunden Umwelt und Natur, für die Pflege der Landschaft und für die Sicherung der ländlichen Kultur.

Die Rahmenbedingungen für unsere Landwirtschaft haben sich zu Beginn der 90er Jahre grundlegend verändert. Die europäische Agrarpolitik ist reformiert worden, die GATT-Verhandlungen sind abgeschlossen. Die Anforderungen der Gesellschaft, vor allem im Hinblick auf den Umwelt- und Naturschutz, wachsen.

Die deutsche Landwirtschaft steht auch in den kommenden Jahren vor großen Herausforderungen und Anpassungen. Vor allem aber muß sie ihre Position im europäischen Wettbewerb sichern.

Viele Bäuerinnen und Bauern fragen sich, ob sie noch eine Zukunft in der Landwirtschaft haben. Manche glauben, daß die Europäische Union Schuld sei, wenn ihre Betriebe in Schwierigkeiten geraten. Dies ist falsch. In fast allen Industrieländern hat der Agrarsektor große Probleme. Eine Abkoppelung von Europa würde diese nicht lösen. Ganz im Gegenteil.

In der Vergangenheit waren die Überschüsse das Hauptproblem. Für unsinnige Lagerhaltungskosten und Exportsubventionen mußte viel Geld ausgegeben werden. Doch gleichzeitig konnten die Erzeugerpreise nicht mehr gehalten werden, und die landwirtschaftlichen Einkommen sind gesunken.

Die CDU-geführte Regierung hat von Anfang an die Weichen für eine Reform der nationalen und der europäischen Agrarpolitik gestellt. 1984 wurde auf unsere Initiative hin die Garantiemengenregelung Milch eingeführt. „Butterberge und Milchseen“ gehören seitdem der Vergangenheit an.

Mit der EU-Agarreform ist 1992 eine prinzipielle Neuorientierung gelungen. Wir haben erreicht, das Prinzip „Mengenbegrenzung mit sicheren Ausgleichszahlungen“ in der europäischen Agrarpolitik zu verankern.

Die Agrarreform ist keine Wunschlosung, aber sie ist ein vernünftiger Kompromiß. Mit ihr ist eine realistische Möglichkeit gegeben, die ausufernden Überschüsse in den Griff zu bekommen und wieder Chancen für eine vernünftige Einkommensentwicklung zu eröffnen.

Erste Erfolge sind bereits sichtbar. Die Getreideuberschusse sanken allein in Deutschland um fünf Millionen Tonnen. Die Importe von Substituten gehen deutlich zururck. Wir setzen uns dafür ein, daß die Reform praxisgerecht weiterentwickelt wird. Bürokratismus lehnen wir ab. Wir wollen, daß alle Mitgliedstaaten gleichgewichtig zur Mengenruckfuhrung beitragen.

Die Maßnahmen der EU-Agarreform, insbesondere die Ausgleichszahlungen und der Auenschutz vor Billigeinfuhren, konnten in den GATT-Verhandlungen auch international abgesichert werden. Bundeskanzler Helmut Kohl hat persönlich entscheidend zu diesem Erfolg beigetragen.

Die CDU steht zur Landwirtschaft. Unser Ziel ist eine leistungsfähige, vielfältig strukturierte und umweltverträgliche Landwirtschaft mit bäuerlicher Tradition.

In ihrer Regierungszeit hat die CDU den Agrarhaushalt von 6 Milliarden DM auf 13 Milliarden DM mehr als verdoppelt. Mit einem Bündel effektiver Hilfen, wie Ausgleichsleistungen im Rahmen der EU-Agarreform, soziostrukturellem Ausgleich und Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete, unterstützen wir die landwirtschaftlichen Einkommen. Um die Betriebe fit für den Wettbewerb in Europa zu machen, fördern wir betriebliche Investitionen. Besonders begünstigt werden die Junglandwirte; sie erhalten bessere Förderkonditionen und eine Niederlassungspremie.

Wichtig sind aber auch Einkommensalternativen. Deshalb fördern wir ganz besonders nachwachsende Rohstoffe und sprechen uns dafür aus, daß die Landwirte Aufgaben im Vertragsnaturschutz und der Landschaftspflege übernehmen.

Zur sozialen Absicherung unserer Bäuerinnen und Bauern hat die CDU die große Agrarsozialreform auf den Weg gebracht. Die Bäuerinnen werden in Zukunft für ihre Leistungen eine eigene Rente erhalten. Es steht fest: Bäuerinnen und Bauern können sich auf uns verlassen.

Der CDU geht es aber auch um die Entwicklung unserer ländlichen Räume. Mit der Agrarpolitik allein läßt sich dies nicht erreichen. Wir brauchen vielmehr ein abgestimmtes Konzept der regionalen Entwicklung, in dem vor allem die allgemeine Wirtschafts- und Regionalpolitik eine herausragende Rolle spielt. Vorrangig ist für uns die Schaffung zukunftsweisender Arbeitsplätze in ländlichen Regionen.

Es ist das Verdienst der Bundesregierung, daß die im Rahmen der europäischen Strukturpolitik in Deutschland förderfähigen ländlichen Räume — die sogenannten Ziel-5b-Gebiete — jetzt um 75 Prozent ausgeweitet werden. 7,7 Millionen Menschen im ländlichen Raum profitieren davon.

Aufeinander abgestimmte Maßnahmen der ländlichen Entwicklung, wie z.B. die Dorferneuerung, die Erschließung von Gewerbegebieten, die Ansiedlung vor allem kleinerer und mittlerer Unternehmen sowie Umschulung und Weiterbildung werden von Brüssel mitfinanziert. Hiervon werden wichtige Impulse für die Entwicklung von Wirtschaft und Landwirtschaft in unseren ländlichen Räumen ausgehen.